



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 337 2010/2012

von Philipp Federer

vom 4. Juni 2012

(StB 839 vom 12. September 2012)

Abstimmungsbeeinflussung mit Steuergeldern?

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Der Stadtrat hat LuzernPlus eingeladen, zum Postulat Nr. 337 Stellung zu nehmen. Am 11. Juni 2012 hat LuzernPlus die folgende Stellungnahme abgegeben:

„In den Statuten ist der Zweck des Gemeindeverbandes wie folgt festgelegt: Der Verband verhilft der Region mit einer proaktiv verfolgten Regionalpolitik zu einer eigenständigen Identität, einer zukunftsorientierten Entwicklung und damit zu einer starken Position im regionalen und nationalen Standortwettbewerb. Er ist die von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit akzeptierte Plattform für die Organisation und Koordination der regionalen Zusammenarbeit in allen den Gemeinden obliegenden Politikfeldern. Er bündelt die Interessen der Region und vertritt diese gegenüber Bund, Kanton, anderen Regionen und Organisationen. Als regionaler Entwicklungsträger ist er Partner von Bund und Kanton bei der Gestaltung und Umsetzung der regionalen Raum- und Strukturentwicklung.

LuzernPlus spielt bei der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms Luzern eine entscheidende Rolle. Das Projekt Seetalplatz ist Teil dieses Programms. Nach Beurteilung von LuzernPlus bildet die Realisierung des Projektes Neugestaltung des Seetalplatzes eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Region im Standortwettbewerb behaupten kann. Es werden damit beispielsweise attraktive Rahmenbedingungen geschaffen, die es erlauben, wertschöpfungsstarke Unternehmen mit qualifizierten Arbeitsplätzen anzusiedeln.

Die Realisierung des Seetalplatzprojektes liegt im Interesse der Region. LuzernPlus hat gemäss Statuten die Aufgabe, die Interessen der Region zu bündeln und diese gegenüber Bund, Kanton und anderen Regionen zu vertreten. Wenn sich ihre Exponenten aktiv für die Annahme der kantonalen Vorlage zur Neugestaltung des Seetalplatzes einsetzen, erfüllen sie ihre Aufgabe.

Die Gegner der Vorlage bezeichnen das Projekt als Luxuslösung. Der Kantonsrat hat das nach einem langen und intensiven politischen Prozess anders beurteilt und deshalb dem Vorhaben zugestimmt. Der Regierungsrat und die Mehrheit des Kantonsrates sind davon überzeugt, dass Kosten und Nutzen bei der Neugestaltung des Seetalplatzes in einem guten Verhältnis zueinander stehen. Im Abstimmungsbüchlein an die Stimmberechtigten ist dazu festgehalten:

Der Regierungsrat hat die Investitionen für den Hochwasserschutz und die neue Verkehrsführung am Seetalplatz durch die Firma Ecoplan, Forschung und Beratung in Wirtschaft und Politik, Altdorf, einer eingehenden Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen lassen. Die Untersuchung ergab für das Gesamtprojekt ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1 zu 1,9, was einem Nett Nutzen von 160 Millionen Franken entspricht. Beim Hochwasserschutzprojekt resultiert der Nutzen in erster Linie aus der deutlichen Reduktion des Überschwemmungsrisikos am Seetalplatz. Auch die Beurteilung für das Verkehrsprojekt fällt positiv aus.

Die Frage, in welcher Form und wie intensiv sich Vertreter von Behörden und im konkreten Fall von Gemeindeverbänden aktiv in die Auseinandersetzung um eine Abstimmung einbringen sollen, wird immer wieder diskutiert. Unbestritten ist, dass immer dann Zurückhaltung am Platz ist, wenn es sich um eine eigene Abstimmung handelt. Das gilt beispielsweise für den Stadtrat Luzern bei einer städtischen Abstimmung. Es entspricht aber gängiger Praxis, dass sich Vertreterinnen und Vertreter von Gemeindebehörden aller politischen Lager bei kantonalen Abstimmungen aktiv in Komitees engagieren. Das gleiche gilt auch für kantonale Behörden bei eidgenössischen Abstimmungen. Bei der Neugestaltung des Seetalplatzes handelt es sich um eine kantonale Vorlage. Das Engagement des Gemeindeverbandes LuzernPlus und auch der beiden involvierten Gemeinden Luzern und Emmen entspricht also der gelebten Praxis.

Der Postulant wendet sich nicht grundsätzlich gegen das Engagement der Exponenten von LuzernPlus. Er bittet lediglich darum, dass sich der Stadtrat beim Gemeindeverband für faire Abstimmungen und für die Einhaltung der gebotenen Zurückhaltung einsetzt.

Es ist bekannt, dass die Auseinandersetzungen im Vorfeld von Abstimmungen engagiert geführt werden, und dass Aussagen von beiden Seiten häufig zugespitzt formuliert werden. Vertreter von Behörden und Gemeindeverbänden haben im Vorfeld von Abstimmungen vor allem die Aufgabe, objektiv zu informieren. Immer dann, wenn es sich wie im konkreten Fall um eine Vorlage eines übergeordneten Gemeinwesens handelt, darf das eigene Interesse aber auch pointiert zum Ausdruck gebracht werden. Man kann darüber diskutieren, ob die Exponenten von LuzernPlus bei der konkreten Vorlage das richtige Mass eingehalten haben. Sicher ist aber, dass es ihre Aufgabe ist, sich engagiert dafür einzusetzen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu beitragen, die Region Luzern insgesamt zu stärken.“

Der Stadtrat stimmt den Ausführungen von LuzernPlus zu. LuzernPlus hat im Abstimmungskampf sachlich informiert.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Stadtrat von Luzern

